



LACHVERBOT UND MORGENAPPELL IM BESCHÄFTIGUNGSPROGRAMM URI

Sprungbrett, nennt sich die arbeitsmarktliche Massnahme in Uri. Doch wohin führt der Sprung über die obige Türschwelle? Erwerbslose, die man dazu zwingt, erleben die Massnahme schnell einmal als Reise zur Hölle. Dem Versicherten M. gratulieren wir für seinen Mut und seine Zivilcourage. Sich faktenkundig wehren, stärkt die eigene Energie, sich zurücknehmen, duckmäusern, schwächt und führt oft zu Depressionen mehr...<http://www.tagesanzeiger.n2g04.com/I/138468448/c/0-9t5n-cqcfi8-1e9x>>

EIDGENÖSSISCHE FINANZKONTROLLE KRITISIERT SECO

Im obigen Bericht des Tagesanzeiger wird auch auf den 150 Seiten langen Schlussbericht der eidgenössischen Finanzkontrolle (EFK()) zu den Programmen zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) verwiesen. Die Kritik der Finanzverwaltung gegenüber dem Seco trifft Wahres. Trotzdem gilt es die geringen Fallzahlen der Probanden zu bemängeln, wird dadurch doch das Bild der Wirklichkeit oft verzerrt. Wenn es zur Aussage kommt, dass 65 Prozent der Versicherten, die ein PvB besuchen, anschliessend einen Job haben, so trifft dies mit höchster Wahrscheinlich in der Realität nicht zu. Auch wenn die EFK das Resultat relativiert, indem es darauf aufmerksam macht, dass ein Drittel davon keine Festanstellung hat. So weist die Zentralstelle für Übungsfirmen in der Schweiz, Helvartis, eine durchschnittliche Integrationsrate von 40 Prozent aus. Die Nachfrage bei der Stiftung Arbeitsintegration Schweiz, dem Verband der AMM-Anbieter, hat ergeben, dass beispielsweise für die Zentralschweiz eine Integrationsquote von 30 bis 50 Prozent ausgewiesen wird. Dieser Vergleich bestärkt die oben geäusserten Zweifel.

MANGELHAFTES CONTROLLING BEIM SECO

Weiter stellt sich die Frage, warum die Integrationsquoten nicht quartalsmässig auf dem Pult der Seco-Leitung liegen, warum die Zahlen nach Jahrzehnten erstmals von der EFK mittels Umfrage eruiert werden müssen. Die kantonalen Arbeitsmarktbehörden fordern von den Leistungserbringer schon seit Jahren alle drei Monate die Erfolgsquoten ein. Das Seco müsste sie nur bündeln, um sie als Teil des Managemen-Controllings als Grundlage für eine stetige Reflektion der Arbeit verwenden. Immerhin sind es 600 Millionen Franken, die schweizweit in die arbeitsmarktlichen Massnahmen fliessen. In der Privatwirtschaft wäre das Verhalten der Bundesbehörde undenkbar. Das zeugt von Unprofessionalität.

PVB'S VERSUS MARKTFÄHIGE BILDUNGSZERTIFIKATE

Leider wurden die Versicherten in der Umfrage der Finanzkontrollbehörde alternativ nicht gefragt, ob sie statt einem PVB nicht eher eine individuelle Bildungsmassnahme besuchen möchten, die zu einem marktfähigen Zertifikat führt. Bleibt zu hoffen, dass dieses Thema, vorallem im Hinblick auf den Fachkräftemangel an der kommenden RAV/LAM-Tagung vom November 2015 zur Sprache kommt. Seco-Arbeitsmarkt-Chef Boris Zürcher hat in einem Antwortschreiben auf unsere Intervention im Fall Uri versprochen, dass an dieser Tagung zumindest die Zuweisungspraxis in AMM für die Zielgruppe der Älteren zur Sprache kommt. Steter Tropfen höhlt offenkundig den Stein.

Zum Bericht <<http://www.efk.admin.n2g04.com/I/138468449/c/0-9t5n-cqcf8-1e9x>>

KOMMENTARE SCHREIBEN IM EIGENEN INTERESSE

Falls ihr ähnliche Erfahrungen mit der Arbeitsmarktbehörde gemacht habt, bitte schreibt unter den Artikel des Tagesanzeiger einen Kommentar. Je mehr Kommentare ein Artikel hat, je wahrscheinlicher, dass Arbeitsmarktthemen erneut in den Brennpunkt der Zeitung finden.